Nr. 165 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 3. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Finanznot

In Spa und Brüssel muß hören, wer Ohren hat zu hören, wie groß die Finanznot des Deutschen Reiches, die Folge der Niederlage und der barbarischen Friedensvertragsbestimmungen ist. Am 1. Juli hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth mit furchtbarer Deutlichkeit ein Bild von ihr für alle Welt gezeichnet. Nicht weniger als 205 Milliarden Mark beträgt gegenwärtig die innere Gesamtschuld des Deutschen Reiches. Für den Zinsendienst sind allein schon über 12 Milliarden erforderlich, jedoch ist das nur vorläufig, denn angesichts der Wirtschaftslage des Reiches ist ein weiteres Anschwellen der Reichsschulden unvermeidlich. Der ordentliche Haushalt gleicht sich mit 28 Milliarden aus. Dabei sind nur die Ausgaben ein sicherer Posten, während dies von den Einnahmen nicht gesagt werden kann. Die neuen Steuern ergeben nicht annähernd die errechneten Beträge, nicht einmal die Umsatzsteuer, die doch das Kernstück des ganzen Systems ist.

Indessen ist der ordentliche Haushalt nicht das eigentliche Spiegelbild der finanziellen Lage des Reiches. Wer dies sehen will, muß sich schon in den außerordentlichen Haushalt vertiefen. Er ist eigentlich gar nichts andres, als die Aufmachung des Defizits. Dieses beträgt glattweg 26 bis 27 Milliarden Mark, wozu in der Hauptsache die Verkehrsanstalten mit 16 Milliarden beitragen. Zum Ausgleich dieses Defizits hat das Reich ein einziges Mittel. Es muß Schulden machen, aber wie es diese macht, das verstößt gegen alle Regeln einer geordneten Finanzverwaltung. Es ist keine Deckung, wenn die Notenpresse immer wieder in Tätigkeit tritt. Wir haben, beiläufig bemerkt, zur Zeit einen Notenumlauf von 65 Milliarden Mark. Er wird sich unvermeidlich bis zum Herbst auf 75 Milliarden steigern, weil der neue Notenkredit eben nichts andres als eine Umwechslung auf ein neues Papiergeld darstellt.

In Spa und Brüssel muß gehört werden, daß wir ein Jahresdefizit von 27 Milliarden haben. Es kann nicht einfach dadurch beseitigt werden, daß der Verband den Zinsendienst für die deutschen inneren Schulden aufhebt, daß er Steuern und Zinsen mit Beschlag belegt. Das ist nur die eine Seite der Angelegenheit. Die andre, daß wir auch zu unserer eigenen Rettung aus dieser Finanzwirtschaft herauskommen müssen. Die Mittel des Reiches sind nicht unerschöpflich, sondern einzig und allein an die Wirtschaftserträge gebunden. Alles Kapital ist tot, wenn es nicht durch Arbeit befruchtet wird. Es ist sicher, daß die deutsche Wirtschaftsmaschine wieder in Gang kommt, sobald die finanziellen und wirtschaftlichen Erdrosselungsangriffe des Versailler Vertrages eine Änderung erfahren. Dann vermag Deutschland mit den Erzeugnissen seiner Arbeit zu zahlen, die doch wenigstens greifbare Werte darstellen.

Vorläufig sind wir noch nicht über den Berg hinaus. Wir stehen in der Tat erst am Anfang aller Schwierigkeiten. Die Krise, die so oft vorausgesetzt wird, ist schon da. Der Finanzminister hat recht, wenn er auseinandersetzte, daß diese finanzielle und wirtschaftliche Krise nicht ein Ergebnis der Umwälzung, sondern weit mehr eine Folge des Krieges ist. Unsre Kriegsfinanzierung war unzulänglich, woran Dr. Helfferich ein gemessenes Teil Schuld trägt. Wir schufen Papierwerte, um die Kriegsausgaben an dem Betrag der Wirtschaft zu decken. Der Fehler ist gemacht worden. Nicht nur die lebende, sondern auch die kommende Generation wird daran tragen müssen. Es handelt sich für uns darum, zu einer Steigerung der Erzeugung zu kommen. Wir können nicht bei dem Verfahren bleiben, durch Auftreiben der Preise die mangelnde Erzeugung auszugleichen. Das Defizit an den Verkehrsanstalten zeigt, wohin das führt, und auch die Wirtschaft selber leidet heute unter den Preissteigerungen.

Die Rede des Finanzministers läßt sich erst dann ganz würdigen, wenn auf die Unruhen im Reiche Rücksicht genommen wird. Sie sind nicht nur Schaumspritzer der Wellen, sie sind mit Wellenschläger der Krise, über deren Größe wir uns allgemein kein rechtes Bild machen. Das alles sind Zusammenhänge, die über die Grenzen des Reiches hinaus wirken. Selbst wenn in Spa die Vernunft siegt, was doch sehr zweifelhaft ist, ist der Weg nicht frei und erst recht nicht ohne Dornen. Wir haben eigentlich nur einen Kapitalstock: Unsre Arbeitskraft, und dieser darf nicht länger brach liegen. Er muß vielmehr rücksichtslos zur Rettung des Reiches ausgenutzt werden.

Sie wollen mehr Kohlen

☞ Zürich, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer in französischen Blättern veröffentlichten amtlichen Mitteilung der Wiedergutmachungskommission hat Deutschland seit September 1919 7,7 Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich geliefert. Der Direktor des nationalen Kohlenbureaus in Frankreich erklärte, dem „Intransigeant" zufolge, er glaube zu wissen, daß die Wiedergutmachungskommission in wenigen Tagen einmütig die durch den zweiten Anhang zum Friedensvertrag vorgesehene Sanktion verlangen werde, die sich auf wirtschaftliche und finanzielle Vergeltungsmaßnahmen erstrecke, wenn Deutschland nicht die ausgemachten Kohlenmengen liefere.

Die Franzosen wollen diktieren

Aus Paris wird gemeldet: Es steht nunmehr fest, daß die Alliierten sich auf die Beschlüsse der englisch-französischen Sachverständigen einigen werden. Es hat ein offiziöser Gedankenaustausch mit den Vereinigten Staaten stattgefunden, der die amerikanische Zustimmung sicherstellt. Es scheint aber, daß die Alliierten in Spa nicht nur eine Einheitsfront werden bieten können, sondern daß sie auch sonst klare Bedingungen vorschreiben werden, daß Deutschland gezwungen sein würde, sie anzunehmen. Ebenso meldet „Chicago Tribune", daß eine radikale Durchsicht des Vertrages sehr wahrscheinlich als erste Maßnahme in Spa geprüft werden wird.

Sollen wir gehört werden?

Kg. Rotterdam, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet: Das englische Kabinett hat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, daß eine Festlegung auf die vorliegenden Anträge der Alliierten für die Konferenz in Spa durch England nicht erfolgen könne, bevor nicht die nach Spa eingeladenen deutschen Regierungsvertreter gehört worden seien.

Teilnahme von Parlamentariern abgelehnt

☞ Genf, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Temps" meldet, hat das französische Ministerium die beantragte Teilnahme von parlamentarischen Delegierten an den Beratungen in Spa abgelehnt. Der Antrag war von den Sozialisten gestellt worden.

Die Garantien für die Anleihe

☞ Genf, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Für die internationale Anleihe an Deutschland liegen zwei Vorschläge vor, die erstens die Kontrolle über die deutschen Zolleinnahmen und Steuereingänge und zweitens die wirtschaftliche Uebertragung von Vorrechten an die Alliierten bis zur Erfüllung der deutschen Verpflichtungen vorsehen.

Zwangseinquartierung der deutschen Vertreter

Kg. Rotterdam, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Soir" meldet: Die Bevölkerung und die Hotelbesitzer in Spa weigern sich, der deutschen Delegation Unterkunft zu geben. Die Regierung hat Zwangsrequisitionen vorgenommen, um den Deutschen Unterkunft zu sichern.

Die Güte Belgiens

Kg. Rotterdam, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Brüssel: Die belgische Regierung hat die in Spa zusammentretenden Delegierten als Gäste des belgischen Staates eingeladen, mit Ausnahme der deutschen Vertreter.

Heimkehr der letzten U-Boots-Kommandanten

Kg. Rotterdam, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily News" melden, daß die fünf letzten in England zurückbehaltenen U-Boot-Kommandanten am Montag auf freien Fuß und aller Verfolgung entsetzt werden. Sie kehren noch in dieser Woche nach Deutschland zurück.

Neue Noten

Die Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die zweite legt im einzelnen dar, wie weit schon heute Deutschland seine Steuerquellen angespannt habe. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechungen in Spa sein. Gleichzeitig wurde ein von 22 hervorragenden im wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterzeichnetes Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeiten der Kräftigung übergeben.

Die Botschafterkonferenz hat am 28. Juni dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation eine Note übersandt, nach der die deutschen Vertreter in den Abstimmungsgebieten von Allenstein und Marienwerder ermächtigt werden, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Anzahl Sonderzüge die Wähler aus Deutschland herbeiführen, die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Züge werden von Offizieren der Verbündeten begleitet, die die Ausweispapiere der Reisenden prüfen werden, um sich Sicherheit zu verschaffen, daß die Züge nur von Personen benutzt werden, die zur Abstimmung fahren.

Zu Entschuldigungen genötigt

• Berlin, 2. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Bekanntlich sind vor einiger Zeit in Pretzlau, Osterode und Bremen Mitglieder der interalliierten Ueberwachungsausschüsse beleidigt und zum Teil mißhandelt worden. Mit Rücksicht darauf, daß bei diesen Vorgängen auch Angehörige der Reichswehr eine Rolle spielten, hat der Reichswehrminister Dr. Geßler zum Zwecke der endgültigen Beilegung dieser Zwischenfälle dem Vorsitzenden der interalliierten Ueberwachungsausschüsse, General Nollet, auf dessen Beschwerde am 1. d. M. durch einen höheren Offizier ein Entschuldigungsschreiben überreichen lassen. Gleichzeitig hat das Auswärtige Amt dem General Nollet und dem Vorsitzenden des interalliierten Marineüberwachungsausschusses, Admiral Thérson, schriftlich im Namen des Senats der Stadt Bremen dessen lebhaftes Bedauern über den Anteil zum Ausdruck gebracht, den die Bremer Zivilbevölkerung an den Bremer Zwischenfällen gehabt hatte. Diese Erledigung der Angelegenheit gibt der deutschen Regierung erneut Veranlassung, aufs ernsteste darauf hinzuweisen, in welch peinliche Lage die Regierung immer wieder aufs neue durch diejenigen gebracht wird, die sich ohne Ueberlegung der Folgen zu wörtlichen oder tätlichen Angriffen gegen die in Ausübung ihres Dienstes im Lande weilenden Mitglieder der interalliierten Ueberwachungsausschüsse hinreißen lassen. Jeder, der solche Handlungen begeht, sollte sich dessen bewußt sein, daß er sich nicht nur persönlich strafbar macht, sondern auch gegen die nationale Würde verstößt und in leichtfertiger Weise die Interessen des Vaterlandes schädigt.

Die Anmeldung deutscher Forderungen

Von zuständiger Berliner Stelle wird mitgeteilt, daß die Frist zur Anmeldung der deutschen Forderungen beim Reichsausgleichsamt endgültig auf den 31. Juli 1920 festgesetzt worden ist. Zahlreiche Personen und Firmen haben bisher ihrer Anmeldungspflicht nicht genügt. Wer die neue Nachfrist ungenützt verstreichen läßt, hat Strafverfolgung zu gewärtigen.

Ausdehnung der Lebensmittel-Unruhen

B. Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem ganzen Reiche liegen heute neue Meldungen über Lebensmittelunruhen und Ausschreitungen vor. In Lübeck und Hamburg hält die Ruhe seit dem Einmarsch der Reichswehr an. Dagegen kommen aus West- und Süddeutschland Meldungen über eine Fortsetzung der Kundgebungen. Außer in Worms haben gestern auch in der ganzen Pfalz Lebensmitteldemonstrationen stattgefunden. In Kaiserslautern, Neustadt und Ludwigshafen kam es zu Angriffen auf die Kaufstände und zu Plünderungen. In Speyer erzwang die Menge die Herabsetzung aller Ladenpreise bis auf 50 Prozent. Morgen finden in den Industriestädten Bayerns Massenkundgebungen des Proletariats gegen die Teuerung statt. In Berlin selbst teilen sich gestern abend in der Nähe des Lehrter und des Stettiner Bahnhofs Demonstrationszüge, die unter Vorantragen von roten Fahnen und Inschriften sich durch die Straßen bewegten. Es kam nirgends zu Ausschreitungen. Die Demonstrationen werden heute fortgesetzt.

Plünderungen in Worms

In Worms fanden am Mittwoch nachmittag und abends Straßenkundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatze und marschierten vor das Gewerkschaftshaus, wo es zu Ausschreitungen kam. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshause begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftswelt ein befristetes Ultimatum überreicht wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der Mittelstadt, schlug Schaufenster ein und plünderte die Auslagen. Es ist mehrfach zu Schlägereien und wüsten Szenen gekommen, so daß die Polizei öfter mit der blanken Waffe vorgehen mußte. Der Schaden dürfte etwa zwei bis drei Millionen betragen. Um Mitternacht griffen französische Patrouillen ein und blieben bis zum Morgen in Bereitschaft. Die Läden blieben auch am Donnerstag noch geschlossen.

Die Lage in Würzburg

+ München, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „München-Augsburger Abendzeitung" meldet aus Würzburg: Infolge der Lebensmittelkrawalle kommt es zu einer förmlichen Generalstreikprobe aller sozialistischen Parteien. Es wurde ein Aktionsausschuß gebildet, der ein Protokoll veröffentlichte, in dem es heißt: „Es wird heute zu einem Generalstreik kommen, wenn folgende Bedingungen nicht erfüllt werden: 1. die Reichswehr ist bis zum 30. Juni zurückzuziehen (was übrigens bereits geschehen ist); 2. der aufgelösten Einwohnerwehr kann die organisierte Arbeiterschaft beitreten und wird sogleich verwendet; 3. der Ausnahmezustand wird, wenn die Ruhe bestehen bleibt, im Laufe des heutigen Tages aufgehoben." Der Regierungspräsident v. Hemle bewilligte diese Forderungen.

Proteststreik der Kreuznacher Arbeiterschaft

W. Kreuznach, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterschaft ist zum Protest gegen die hohen Preise der Lebensmittel in den Streik getreten. In den Geschäftsstraßen fanden sich große Menschenmassen zusammen. Abordnungen der Arbeiterschaft begaben sich in alle Geschäfte und verlangten, daß sofort alle Waren zur Hälfte des Preises verkauft würden. Die Geschäfte kamen dem Ersuchen nach, um eine Plünderung zu verhindern.

Streikbewegung im Saargebiet

w. Saarbrücken, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wegen unerfüllter Lohnforderungen sind die Arbeiter der Völklinger Hüttenwerke in den Streik getreten. Ihnen haben sich die Arbeiter der Mannesmann-Werke, der Waggonfabrik Luettgen und der Maschinenfabrik Eduard Schmer angeschlossen. Eine von mehreren tausend Arbeitern besuchte Versammlung fand auf dem Urbacher Marktplatz statt. Die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften geben zusammen.

Bankbeamtenstreik in Frankfurt

W. Frankfurt a. M., 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Während die Frankfurter Privatbanken den Angestellten Teuerungszuschläge bewilligt haben, haben die Großbanken das abgelehnt und haben auch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses, die auf Erhöhung der Teuerungszulage lautet, nicht anerkannt. Infolgedessen verweigerten gestern die Bankangestellten die Ueberstunden, da sie tariflich dazu nicht verpflichtet seien. Die Bankleitungen gaben alsdann bekannt, daß alle Angestellten, die weiterhin die Ueberstunden verweigern würden, mit Entlassung zu rechnen hätten. Darauf legten die Angestellten um 6 Uhr einmütig die Arbeit nieder.

Schmuggler und Schieber in Duisburg

W. Duisburg, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Durch das Zusammenarbeiten der Zollbehörden und der Landespolizei und der mit der Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr Beauftragten ist es gelungen, in Duisburg eine Schieber- und Schmugglerbande zu ermitteln, deren Mitglieder den angesehensten Handelskreisen angehören. Zuletzt hatten sie für etwa 1½ Million Mark hochprozentigen Sprit, das Liter zu 18 M., hereingeschmuggelt, der dann wieder mit 98 M. das Liter verkauft wurde. Die Beamten haben festgestellt, daß auch belgische Offiziere die Hand dabei im Spiele hatten. So wurde der Sprit unter dem Schutze belgischer Begleitpapiere vom Ausland hereingebracht, die von dem belgischen Kapitänkommandanten Vernon unterzeichnet und mit sämtlichen Dienstsiegeln versehen waren. Ein Teil der Waren und des Geldes konnte beschlagnahmt werden. Die Hauptbeteiligten sind verhaftet; gegen sie ist auch Anklage wegen Landesverrats gestellt. Ihr Vermögen wurde in Höhe von 8½ Millionen Mark mit Beschlag belegt. Die Angelegenheit, die großes Aufsehen erregt, zieht immer weitere Kreise.

Wirtschaftliche Notwendigkeiten

Von Reichsschatzminister a. D. Gothein, M. d. N.

(Nachdruck verboten.)

Während in Berlin die Hilfsarbeiter des Magistrats, von den eine mehrheitliche Rolle spielenden Unabhängigen und den in jämmerlicher Schwäche nachgebenden mehrheitssozialistischen Stadtverordneten unterstützt, eine für die städtischen Finanzen unerträgliche Lohnerhöhung erpreßten, lehnten die niederschlesischen und die sächsischen Kohlenbergleute den Antrag auf Forderung einer neuen Lohnerhöhung ab. Sie erklärten: jede Lohnerhöhung ziehe eine Steigerung der Kohlenpreise, diese aber eine Verteuerung aller Warenpreise nach sich. Nach wenigen Wochen würden bei dem gestiegenen Preisniveau die erhöhten Löhne wieder unzureichend sein und neue Lohnerhöhungen gefordert werden. Das sei eine Schraube ohne Ende, die zur immer weitergehenden Entwertung des Geldes, zur Katastrophe, zum Zusammenbruch führe. Nicht auf Lohnsteigerungen, sondern auf eine Senkung des Preisniveaus müsse hingearbeitet werden.

Seit Jahr und Tag predige ich das den Massen; es ist hocherfreulich, daß diese Einsicht bei den Arbeitern — wenn auch leider noch längst nicht überall — an Boden gewinnt. Die Not der Gegenwart dürfte diesen Boden bald aufnahmefähiger machen. Hat sich doch herausgestellt, daß das Publikum nicht mehr in der Lage ist, die hohen Warenpreise zu bezahlen, daß der Absatz stockt, die Lager sich füllen, die Werkstätten geschlossen werden, den Arbeitern gekündigt werden muß, oder sie nur noch wenige Tage der Woche beschäftigt werden können.

Man hat das als einen „Streik der Konsumenten" bezeichnet. Das mag in Amerika, in England zum Teil zutreffen; in Deutschland ist es das Unvermögen der großen Masse der Verbraucher — ganz besonders derer, die für Einkommen gar nicht oder nicht entfernt den gestiegenen Preisen entsprechend zu steigern vermochten — die geforderten Preise anzulegen.

Die Senkung des Preisniveaus setzt zunächst Verbilligung der Rohstoffe voraus. Häute und Felle, Kupfer und Zink, Wolle, Holz u. a. m. zeigen auf dem Weltmarkt weichende Preistendenz. Für den deutschen Konsumenten tritt das Steigen der Valuta hinzu. Wenn die Mark auf dem Weltmarkt eine Kaufkraft von 12 Pf. Gold hat, so heißt das, daß wir für unsre aus dem Ausland zu beziehenden Rohstoffe und Halbfabrikate nur den dritten Teil dessen zu bezahlen haben, was wir im Januar dafür geben mußten. Trifft das mit dem Sinken der Weltmarktpreise zusammen, um so besser für den deutschen Verbraucher. Freilich kann die Verbilligung der Rohstoffe nicht sofort ihren vollen Ausdruck im Preis der Fertigware finden. Die Bullenhaut muß mindestens neun Monate in der Grube liegen, ehe sie als Sohlleder gar ist. Inzwischen verliert der Gerber, der Schuhfabrikant, schließlich der Händler an seinem Lager. Und solange die Preise im Sinken sind, wird nur das dringendst Nötige gekauft. Weiß doch niemand, ob sie nicht noch weiter fallen. Trotzdem ist die Senkung des Preisniveaus die unbedingte Voraussetzung einer Gesundung der Marktlage.

Steigende Valuta erschwert die Ausfuhr. Der deutsche Fabrikant hat seine Selbstkosten in Mark kalkuliert, muß die Löhne darin bezahlen. Nun bekommt er nur noch den dritten Teil der Marknoten für die im Januar dem Ausland in Dollar oder holländischen Gulden verkaufte, jetzt zur Ablieferung gelangende Ware. Und nun kommen noch Arbeiter und Angestellte mit höheren Lohnforderungen; das Reich verlangt eine Valutaabgabe für die Ausfuhr. Die Lohnempfänger müssen die Einsicht gewinnen, daß die Hebung der Valuta, das ist die Steigerung der Kaufkraft der Mark im Ausland, für sie unendlich viel mehr Wert hat als Lohnerhöhungen. Ohne verminderte Einfuhr, ohne gesteigerte Ausfuhr ist sie aber nicht zu erwarten. Mögen an ihr in den letzten Monaten auch Effektenkäufe Amerikas Anteil haben, das Wesentliche war doch, daß unsre Ausfuhr so stark — bis auf 4,5 Milliarden Mark im Monat — gesteigert war, daß wir gleichzeitig unsre Einfuhr erheblich eingeschränkt hatten und bei steigender Valuta für sie, ebenso wie für die Seefrachten, erheblich weniger zu zahlen haben. Wir müssen mit allen Mitteln bestrebt sein, die Einfuhr niedrig zu halten, indem wir unsern Bedarf tunlichst durch Eigenproduktion decken, und die Ausfuhr zu steigern.

Dazu müssen wir zunächst die Urproduktion, besonders die von Nahrungsmitteln, Kohle und Erzen, heben. Statt Mehl, Fleisch und Fett müssen wir Dünge- und Futtermittel einführen. Müssen dem Landwirt für seine Erzeugnisse einen Preis gewähren, der ihm ein Ansporn ist, dem Boden möglichst viel abzugewinnen. Die früheren, gegenüber den gestiegenen Produktionskosten viel zu niedrigen Höchstpreise für Getreide, Kartoffeln, Zucker führten zur Einschränkung des Anbaues, zur extensiven Wirtschaft, die zu niedrigen Preise für Vieh, Fleisch, Milch und Butter zur Einschränkung der Viehzucht, weit mehr freilich noch zum Schleichhandel, der dem Konsumenten die Ware ungebührlich verteuert. Die Fleischkarte ist eine Lächerlichkeit geworden; die Schweinezucht hat im laufenden Jahre an Umfang zugenommen, die Kartoffelernte verspricht derart reiche Erträge, daß das Kartoffelfutter gesichert sein dürfte, und daß auch auf eine verhältnismäßig reichliche Versorgung mit Fleisch und Fett gerechnet werden kann; um so mehr, als wir uns umfangreiche Mengen von Mais und andern Kraftfutter gesichert haben. Bei den letzten Auktionen von Ferkeln und Läuferschweinen — so in Kassel — sind denn auch die Preise um 30 bis 50 Prozent zurückgegangen. Und im freien Handel werden Kartoffeln weit unter dem den Belieferungsverbänden vorgeschriebenen Höchstpreis von 30 M. je Zentner bleiben. Bei der glänzenden Rauhfutter- und Kartoffelernte wird auch die Milch- und Buttererzeugung steigen, und gibt man die Einfuhr von Margarine frei, so werden — befreit vom Schleichhandel — die Preise sich auch auf erschwinglicher Höhe halten. Die Zwangswirtschaft in Zucker hat freilich den Rübenbau keinen nennenswerten Wiederaufschwung nehmen lassen.

Kann demnach in diesen Lebensmitteln der Konsument mit gleichbleibenden oder sogar niedrigeren Preisen als bisher rechnen — denn einen erheblichen Teil seines Bedarfes deckte er doch im teuren Schleichhandel —, so ist leider auch weiter mit den erhöhten Brotpreisen zu rechnen. Solange Rußland

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200703/1